

TEXT - TEIL B

Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß §§ 1 a und 9 Abs. 1a BauGB i.v.m. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB

Für Eingriffe innerhalb der Ergänzungsfläche gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB sind durch den Eingriffsverursacher auf dem Eingriffsflurstück je angefangene 25 m² Eingriffsflächenäquivalent ein heimischer und standorttypischer Obstbaum mit der Pflanzqualität 2mal verpflanzt, Hochstamm StU 10 - 12, zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichartig und mit gleicher Pflanzqualität zu ersetzen.

Oder auf dem Eingriffsflurstück außerhalb der Satzung ist je angefangene 50 m² Eingriffsflächenäquivalent je ein standortheimischer und gebietseigener Laubbaum mit Stammumfang 16/18 cm zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichartig und mit gleicher Pflanzqualität zu ersetzen.

Präambel

Aufgrund des § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 3 BauGB des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S.3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 221) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vomfolgende Satzung über die 1. Ergänzungssatzung der Gemeinde Lindholz für den Ortsteil Breesen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 3 BauGB, bestehend aus der Planzeichnung (TEIL A) und dem Text (TEIL B) erlassen:

Plangrundlage

Katasterdaten sowie Geodaten des Landesamtes für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern vom März 2023, Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen Lübecker Str. 289, 19059 Schwerin. Lagebezugssystem: ETRS89.UTM-33N

Planzeiche	n			
	Ergänzungsfläche nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB			
	Hauptgebäude			
	Nebengebäude			
<u>193</u>	Kataster			
Maßstab 1 : 1.000				
0	50	100		
		Meter		

Verfahrensvermerke

	, den	Siegel	Öffer 	ntlich bestellt	er Vermessung	singe	enieur
2.	Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbesonstmachung des Aufstellungsbeso			_			

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

		Der Bürgermeister
Gemeinde Lindholz, den	Siegel	

3.	Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie	die
	Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden am geprüft.	Das
	Ergebnis ist mitgeteilt worden.	

Die 1. Ergänzungssatzung bestehend aus	der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde an
von der Gemeindevertretung	als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde mit Beschluss
der Gemeindevertretung vom	gebilligt.

		Der Bürgermeister
Gemeinde Lindholz, den	Siegel	

4. Die 1. Ergänzungssatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Gemeinde Lindholz, den	Siegel	
Die 1. Ergänzungssatzung sowie die Stelle	, bei der der Plan auf	Dauer während der Dienststunden von
jedermann eingesehen werden kann und Aus	skunft über den Inhalt z	u erhalten ist, sind am
ortsüblich bekannt gemacht worden In der E	Bekanntmachung ist auf	die Geltendmachung der Verletzung von
Verfahrens- und Formvorschriften und von	n Mängeln der Abwägu	ung einschließlich der sich ergebenden
Rechtsfolgen (§§ 214, 215 BauGB) sowie di	ie Möglichkeit, Entschä	digungsansprüchen geltend machen und
das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauG	BB, § 5 Abs. 5 KV M-V)	hingewiesen worden. Die Satzung ist mit
Ablauf des in Kraft getrete	n.	

		Der Bürgermei
Gemeinde Lindholz, den	Siegel	

Der Bürgermeister

Rechtsgrundlagen

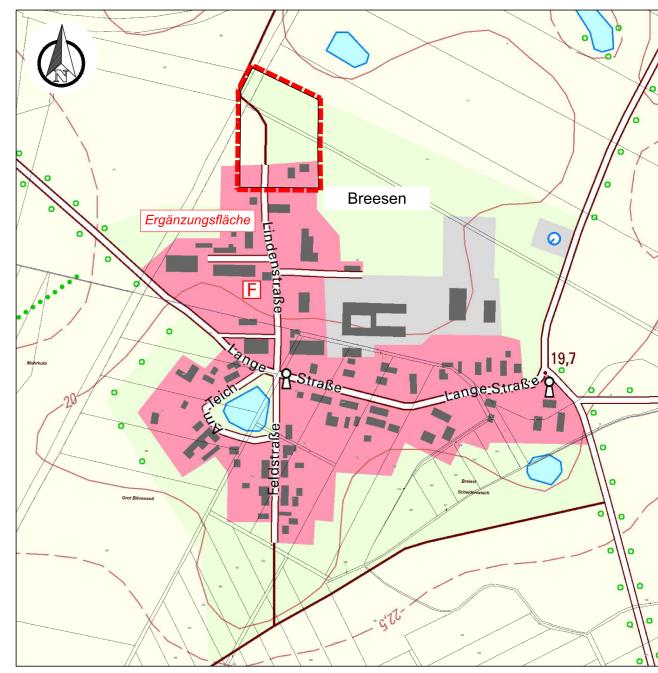
- Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBI. I. S 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 221)
- **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S.3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176)
- Planzeichenverordnung (PlanZV 90) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI. I S. 1802)
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 GVOBI. M-V 2015, S. 344, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBI. M-V S. 1033)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) vom 29.
 Juli 2009 (BGBI. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBI. I S. 2240)
- Hauptsatzung der Gemeinde Lindholz in der aktuellen Fassung

Hinweise

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DschG M - V (GVBI. M - V Nr. 1 vom 14.01.98, S. 12 ff) die untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich hierfür sind der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Übersichtskarte

DTK 25 aus dem Digitalen Basis-Landschaftsmodell des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS-Basis-DLM), Landesvermessungsamt Mecklenburg-Vorpommern 2023



1. Ergänzungssatzung der Gemeinde Lindholz für den Ortsteil Breesen im vereinfachten Verfahren



info@mikavi-planung.de

Mühlenstraße 28 17349 Schönbeck

Entwurf - Stand September 2023